

GR Anna HOPPER
KO Mag. Armin SIPPEL

04.07.2019

G e m e i n s a m e r

Dringlicher A N T R A G **von** **ÖVP und FPÖ**

Betr.: Jugendpartizipation zu Maßnahmensetzung im Umweltbereich

Das Engagement, das junge Menschen in den vergangenen Monaten für ihre Zukunft und die Welt in der sie leben möchten, an den Tag legen, ist beeindruckend und in dieser Weise noch nie dagewesen. Dem klaren Auftrag, mehr zu tun als bereits geschieht, sind die Stadt Graz und das Land Steiermark bereits nachgekommen und haben durch verschiedene Initiativen, wie bspw. das Top-Ticket für Studierende oder die Baumpflanzungen für Neugeborene, Ausbau der Straßenbahninfrastruktur, Fernwärmeausbau klare Zeichen für ökologisch nachhaltige Politik gesetzt.

Darüber hinaus wurden engagierte Schülerinnen und Schüler bereits im Februar zu einem Austauschgespräch mit Stadtrat Kurt Hohensinner und Stadtrat Günter Riegler zu notwendigen Maßnahmen für die Stadt Graz eingeladen. Im April wurde daraufhin auch gemeinsam mit der Bildungsdirektorin des Landes Steiermark HRin Elisabeth Meixner sowie Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer, ein Runder Tisch und der Workshop „Klimaschutz – 5 vor 12“ veranstaltet, bei dem Jugendliche in fünf Workshops zu verschiedenen Bereichen der Nachhaltigkeit Forderungen und Maßnahmen sammeln bzw. erarbeiten konnten. Unter dieser Sammlung finden sich neben allgemeinen Forderungen, wie der Energiewende hin zu erneuerbaren Energien, einige für das private Umfeld relevante Vorschläge, um selbst einen Beitrag leisten zu können. Beispielhaft dafür ist pflichtbewusstes Mülltrennen oder die Verwendung von Stofftaschen.

Große Relevanz für die Stadt Graz haben allerdings die Forderungen, deren Zuständigkeiten und Regulierungen bei der Stadt liegen, wie beispielsweise:

- Ausbau von Öffis, Radwegen und P&R Plätzen
- Bewusstseinskampagnen zu Stromsparen
- Neuanschaffung & Aufstellen von Mülleimern
- Ausweitung von Car-Sharing
- Einführung eines autofreien Tages
- Bewerbung von Roof-Planting

Die Chance, junge Menschen, die aktiv mitgestalten möchten, enger in den politischen Prozess einzubinden, sollte die Stadt Graz nutzen.

Deshalb stellen wir im Namen der Gemeinderatsklubs von ÖVP und FPÖ folgenden

Dringlichen Antrag:

Das Referat für BürgerInnenbeteiligung wird damit beauftragt, unter Einbeziehung des Amtes für Jugend und Familie sowie des Umweltamtes und von Klimaexpertinnen und Experten aus dem universitären Bereich gemeinsam mit engagierten Jugendlichen einen Maßnahmenkatalog zu erarbeiten, in welchem die Ergebnisse der bisher stattgefundenen Treffen aufgearbeitet und deren Umsetzungsmöglichkeiten in Graz konkretisiert werden sollen.

Dem Gemeinderat werden die Ergebnisse bis Dezember vorgelegt.